



SENDESPERRFRIST:

Dienstag, 17. Oktober 2017, 12:30 Uhr

Carl Martin Welcker, VDMA-Präsident

Pressekonferenz 9. Deutscher Maschinenbau-Gipfel

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!



Innovationen voranbringen, Barrieren abbauen

Meine Damen und Herren, herzlich willkommen zur Pressekonferenz auf dem diesjährigen Maschinenbau-Gipfel. Für uns als Verband ist 2017 ein ganz besonderes Jahr, weil wir unser 125-jähriges Bestehen feiern. Und wir tun dies mit der Gewissheit, dass der Maschinenbau auch künftig unseren Alltag mitgestalten und das Leben aller Menschen weltweit besser machen wird. Wie das aussieht, können Sie in einem neuen Video sehen, das wir seit heute auf der VDMA-Webseite präsentieren und Ihnen auf die USB-Sticks in der Pressemappe geladen haben. Das Video vermittelt ganz klar: „Mensch - Maschine - Fortschritt“ – das passt!

2017 ist aber auch politisch ein besonderes Jahr. Die Welt ist seit dem vergangenen Maschinenbau-Gipfel vor zwei Jahren deutlich unruhiger geworden. Der Brexit und die Diskussionen um die Europäische Union, Donald Trump und seine protektionistischen Ankündigungen, die Provokationen Nordkoreas, der neue Nationalismus in Polen und Ungarn oder die verschärften Russland-Sanktionen: Es ist schon bemerkenswert, dass unsere Industrie all diesen Wirren trotz und sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr ein reales Produktionsplus von 3 Prozent erreichen will. Die neuesten Zahlen zeigen genau in

VDMA e.V.
Präsident:
Carl Martin Welcker

Hauptgeschäftsführer:
Thilo Brodtmann

Abteilung
Kommunikation

Lyoner Straße 18
60528 Frankfurt am Main, Germany
Telefon +49 69 66 03-17 77
Telefax +49 69 66 03-18 14
E-Mail kommunikation@vdma.org
Internet www.vdma.org

diese Richtung; in den ersten acht Monaten dieses Jahres haben wir ein Produktionsplus von 3 Prozent verbucht. Doch nun braucht es rasch eine Bundesregierung, die unverzüglich die richtigen wirtschaftspolitischen Weichen stellt. Wir haben vor der Bundestagswahl 15 Kernforderungen an die neue Regierung erstellt und diese gelten weiterhin. Ich möchte das mit dem Dreiklang zusammenfassen:

- 1) Mehr Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere die digitale Infrastruktur,
- 2) mehr Anreize für Forschung und Entwicklung, zum Beispiel mit einer steuerlichen Forschungsförderung,
- 3) die Flexibilität am Arbeitsmarkt ausbauen.

Wir stehen zwar vor neuen politischen Farbkonstellationen in Berlin, aber das ist nicht entscheidend, weil die Aufgaben gleichbleiben: für offene Grenzen und freien Handel kämpfen und die mittelständische Industrie endlich von immer neuen Vorschriften entlasten. Reformen dürfen am Ende nicht immer zu einem Mehr an staatlichen Vorgaben führen – weder in Deutschland, noch in Europa. Genauso energisch lehnen wir eine rückwärtsgewandte Politik gleich welcher Couleur und eine Abschottung Deutschlands ab! Der Maschinenbau und die gesamte deutsche Industrie lebt von ihrer Weltoffenheit – jede Kehrtwende hier würde unserer Gesellschaft und unserem Wohlstand schaden.

Technologieoffenheit statt einseitiger Bevorzugung

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Monaten ist im Wahlkampf viel über den Diesel-Motor und seine Zukunft diskutiert worden, aber diese Debatte war viel zu eng geführt und hat den Blick auf die weit größere Herausforderung versperrt. Es geht nicht um die Vor- und Nachteile einer einzelnen Technologie; es geht darum, die Klimaentwicklung in die richtige Richtung zu steuern und zugleich Deutschland als Leitanbieter für

Mobilität zu stärken. Der Maschinenbau ist stark von dieser Frage betroffen, zugleich sind wir einer der Treiber mit höchster Lösungskompetenz. Wir haben deshalb folgende Anforderungen an die neue Regierung:

- 1) Die Pariser Klimaziele werden nur mit Technologieoffenheit erreicht! Die besten und geeignetsten Technologien müssen sich am Markt bewähren können. Elektromobilität und E-Fuels gehören zu den schadstoffreduzierenden Technologien und werden mit Sicherheit eine wachsende Rolle spielen. Aber Mobilität umfasst viel mehr, denken Sie an die Schifffahrt, den Flugverkehr oder Schwerlasttransporte. Viele Antriebstechnologien sind auf absehbare Zeit batteriegetrieben noch nicht wirtschaftlich darstellbar. Deshalb müssen wir auch weiterhin an der Verbesserung des Verbrennungsmotors arbeiten, statt ihn verbieten zu wollen.
- 2) Die Energiewende in Deutschland verfolgt die richtigen Ziele, aber sie muss endlich richtig gehandhabt werden. Auch durch die Kostensenkungen des Maschinenbaus können wir jetzt rein marktwirtschaftliche Modelle ohne Milliardenförderung gestalten. Und wir brauchen den Mut, diesen Weg der Energiewende konsequent zu gehen; es kann nicht sein, dass wir einerseits Windenergie ausbauen wollen und uns zugleich für die Akzeptanz nichts Besseres einfällt als pauschale Abstandsregeln. Die Jahre bis 2050 werden voll von Innovationen sein, allein die Digitalisierung wird das Energiesystem revolutionieren und die Energiewende günstiger machen, als wir es heute absehen können. Dazu müssen jedoch regulatorische Hürden abgebaut werden. Das gilt für Wärme im Haus und in der Industrie ebenso wie im Strommarkt und im Verkehr. CO₂-Bepreisung statt Förderdschun- gel erscheint uns die bessere Alternative. Die gesamtheitliche Optimierung aller Sektoren ist essentiell: eine Sektor- kopplung ist das zentrale Element für die künftige Gestaltung

von Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Letztendlich geht es darum, die Rolle des Leitansbieters für Klimaschutz zu behalten und die Rolle als Leitmarkt für Klimaschutz zurück zu erobern. Dazu brauchen wir einen Ordnungsrahmen, der keine Technologie einseitig unterstützt oder bevorzugt.

- 3) Der Ausbau der digitalen Infrastruktur, das heißt insbesondere der Aufbau eines flächendeckenden Glasfaserkabelnetzes, muss energisch vorangetrieben werden. Die neue Regierung sollte dafür in der kommenden Legislaturperiode 40 Milliarden Euro in die Haushaltsplanung einstellen. Gerade die mittelständischen Betriebe, die häufig nicht in Ballungszentren angesiedelt sind, brauchen hier dringend eine wesentlich bessere Unterstützung von Kommunen und großen Anbietern wie der Deutschen Telekom, um im globalen Wettbewerb weiter vorn mitmischen zu können.

Offene Märkte sind zwingend für Wohlstand

Meine Damen und Herren, neben dem technologischen Wandel bestimmt der internationale Handel unsere Zukunft. Gut drei Viertel aller Maschinen aus deutscher Produktion sind für Kunden im Ausland bestimmt, rund 600.000 der gut 1 Million Beschäftigten in unserer Industrie arbeiten für den Export. Aber auch viele andere wichtige Industrien in Europa leben vom Export. Offene Märkte sind für unseren Wohlstand daher absolut zwingend. Wir waren sehr erfreut, dass EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unlängst in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union freien Handel als erste von fünf Prioritäten der EU für 2018 nannte. Das ist ein wichtiges Signal in Zeiten, in denen der Protektionismus wieder salonfähig wird. Reine Absichtserklärungen reichen jedoch nicht aus. Wir brauchen konkrete Ergebnisse, und die können wir nur erzielen, wenn eine Blockade von Freihandelsabkommen – wie im Falle

Kanada – nicht mehr möglich ist. Der Vorschlag der Kommission, sich bei künftigen Handelsabkommen zunächst auf die in die EU-Zuständigkeit fallende Marktöffnung zu konzentrieren, ist der richtige Weg. Manchmal ist weniger mehr, und die Erfahrung der letzten Jahre zeigt uns, dass dies bei der Verhandlung von Freihandelsabkommen definitiv zutrifft.

Grundsätzlich gilt für uns Maschinenbauer: Investitionen aus dem Ausland sind uns willkommen. Allerdings muss es auch dem deutschen industriellen Mittelstand möglich sein, im selben Umfang im Ausland zu investieren. Das ist leider derzeit insbesondere in China nicht der Fall. Ist es der EU-Kommission nicht möglich, ein solches „Level-Playing-Field“ mit den Chinesen zu verhandeln, sollte sie sich deren Investitionen – insbesondere wenn staatliches Geld im Spiel ist – genauer ansehen. Der jüngste Vorschlag dazu seitens der EU-Kommission kommt nun allerdings vor solchen Verhandlungen und geht zu weit. Auf diese Weise entsteht die Gefahr, dass Investitionen aus Nicht-Euro-Ländern nach Gutdünken staatlicher Stellen durchgewunken oder verhindert werden. Das würde unseren Handelspartnern neue Argumente liefern, ihre eigenen Investitionsbeschränkungen aufrecht zu erhalten oder gar neue einzuführen. So schaffen wir keine offenen Märkte.

Absicherung von kleinen Exportkrediten verbessern

Helfen würde unseren mittelständischen Betrieben, die von der Politik so gern als Vorbilder gelobt werden, etwas ganz anderes: ein echter Abbau der Bürokratie im Außenhandel und mehr Unterstützung, wenn es um die Absicherung von kleinen Exportkrediten bis 5 Millionen Euro geht. Small-Ticket ist das mittelstandspolitische Zauberwort! Für viele Mittelständler spielen solche Summen im Exportgeschäft die entscheidende Rolle, für die Banken sind das meist aber nur „kleine Fische“ mit zu großem Verwaltungsaufwand – deshalb gibt es kaum Angebote dafür. Wir fordern daher, die Hermesdeckung für Auftragswerte

bis 5 Millionen Euro für mittelständische Unternehmen zu vereinfachen. Hierfür brauchen wir Hermes und die Banken: So macht Hermes zum Beispiel heute keinen Unterschied, ob ein Exporteur einen Kredit über 3 oder 100 Millionen Euro beantragt. Dementsprechend hoch ist der administrative und zeitliche Aufwand, auch bei vergleichsweise kleinen Auftragsvolumina. Und wir brauchen wieder ein Bankangebot für Small Ticket-Finanzierungen im Export, zum Beispiel durch eine spezielle Bank, die aber nicht staatlich sein muss. Wir setzen darauf, dass die neue Bundesregierung unser Konzept für „Small Tickets“ auch im Koalitionsvertrag verankert.

Meine Damen und Herren, der Maschinen- und Anlagenbau trägt täglich seinen Teil dazu bei, die Zukunft positiv und fortschrittlich zu gestalten. Aber wir sehen viele geopolitische Entwicklungen genauso wie Sie mit großer Sorge und können nur an die Politiker in allen Ländern appellieren, unsere Zukunft nicht aufs Spiel zu setzen. Es muss eine Lösung für den Brexit gefunden werden, die der EU und Großbritannien auch künftig eine gute Zusammenarbeit ermöglicht – und das schnell! Europa und die USA müssen wieder enger zueinanderfinden. Erfreulicherweise denkt auch die US-Administration wieder über ein Freihandelsabkommen mit der EU nach, wie die Reise von VDMA-Vizepräsident Karl Haeusgen in die USA jüngst gezeigt hat. Europa muss sich selbst reformieren, stärker werden im Kern und zugleich sicherstellen, dass die Vielfalt gewahrt wird, indem Felder wie die Arbeitsmarktpolitik in nationaler Hoheit verbleiben. Nur wenn wir diese großen Aufgaben meistern, werden wir unsere Bedeutung und unser wirtschaftliches Gewicht zwischen den USA und China erhalten und ausbauen können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, ich freue mich jetzt darauf, Ihre Fragen zu beantworten.